

XIX. GP-NR
Nr. 59 /A (E)
Präs. 22. Nov. 1994

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl-Ing Dr Keppelmüller, Dr. Leiner, DIETACHMAYR
und Genossen
betreffend Gesundheitliche Schäden durch Dentalamalgam

Die sogenannte "Amalgamdebatte" beschäftigt seit langem Wissenschaft und Öffentlichkeit. In beiden Bereichen finden sich die kontroversiellsten Ansichten, wobei sich oft Extremstandpunkte unverfänglich gegenüberstehen. Der Bedarf an zusammenfassenden Bewertungen des gegenwärtigen Wissenstandes ist daher weltweit sehr groß.

Dentalamalgam ist das meist verwendete Zahnfüllungsmaterial in der Zahnheilkunde und der Nutzen ist unbestritten. Es führt aber auch zu Nebenwirkungen, wie Allergien und lokale Reizerscheinungen. Weiters führt Dentalamalgam durch Quecksilberabgabe zu einer Erhöhung von Quecksilberbelastung, die besonders durch Ernährung-, Umwelt- und Arbeitsplatzfaktoren hervorgerufen wird. Trotz großer Anstrengungen, Alternativen zu entwickeln, ist es nicht gelungen, einen in allen Belangen gleichwertigen Ersatz zu finden. Für den Patienten ist die Diskussion um Amalgamplomben - welche von "toxischen Zeitbomben" bis zu "nicht nennenswerten Schädigungen in Einzelfällen" reicht - sehr beunruhigend und verwirrend.

Bereits im Oktober 1989 wurde der damalige Bundesminister für Gesundheit und Öffentlichen Dienst mit einer Entschließung des Nationalrates ersucht, zum Schutze der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung eine Studie in Auftrag zu geben, "die unter Berücksichtigung aller bisher vorhandenen Forschungsergebnisse im In- und Ausland, insbesondere jener Forschungsarbeiten, die einer ganzheitlichen medizinischen Sichtweise folgen, über mögliche gesundheitliche Schäden durch Dentalamalgam und zur Verfügung stehende Alternativen und Vorbeugungsmaßnahmen Auskunft gibt."

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz wird ersucht, jenen im Jahre 1990 vorgelegten Bericht betreffend eine Studie über mögliche gesundheitliche Schäden durch Dentalamalgam und zur Verfügung stehende Alternativen und Vorbeugemaßnahmen (III-151 dB, XVII. GP) zu aktualisieren und dem Nationalrat neuerlich vorzulegen. Der Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz wird weiters ersucht, dem Nationalrat über alle aufgrund des Berichtes aus dem Jahre 1990 gesetzten Maßnahmen und Konsequenzen zu berichten.

In formeller Hinsicht möge dieser Antrag ohne erste Lesung dem Gesundheitsausschuß zugewiesen werden.